

Haushalt 2012/2013

(aktuelle Fassung)

Einbringung des Haushaltes

in den Rat der Stadt Bergkamen am 17. November 2011

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute vor genau 21 Jahren habe ich nach Vorschriften des damaligen kameralen Haushaltsrechts den ersten von mir – noch in DM – aufgestellten und damals noch vom Stadtdirektor, unserem heutigen Bürgermeister Roland Schäfer, festgestellten Haushaltsplan in den Rat eingebracht.

Vor 10 Jahren, am 01.01.2002, wurde die Deutsche Mark durch den Euro ersetzt.

Die Kameralistik ist ebenfalls längst Geschichte. Seit 2007 haben wir es mit Eigenkapital, Ausgleichs- und allgemeiner Rücklage, Haushaltssicherungskonzept sowie mit Abschreibungen, Rückstellungen, Teil- und Konzernabschlüssen, Produkten und Budgets sowie mit in nahezu in allen 396 Kommunen unseres Landes explosionsartig gestiegenen Kassenkrediten zur Liquiditätssicherung zu tun.

Die Höhe der Kassenkredite, für die wir in Bergkamen monatlich rd. 100.000 € Zinsen zu zahlen haben und die getilgt werden müssen, korreliert mit den Defiziten oder, wenn man so will, Verlustvorträgen der vergangenen und kommenden Haushaltsjahre.

Ich bin in der Vergangenheit regelmäßig ausführlich auf diese Sachverhalte bei der Einbringung des Haushalts eingegangen.

In diesem Jahr werde ich der Versuchung widerstehen - wie sonst von Ihnen zu ertragen gewesen - alle Details des Haushaltsplanentwurfes, die Finanzplanungsdaten, das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept und alle anderen gesetzlich vorgeschriebenen Anlagen vorzustellen.

Aber das Haushaltsvolumen einschließlich der Wirtschaftspläne für den Stadtbetrieb Entwässerung und den Entsorgungsbetrieb Bergkamen in Höhe von rd. 150 Mio. € jeweils auf der Ertrags- und der Aufwandsseite, mithin ein Umsatzvolumen von 300 Mio. €, erklärt sich natürlich nicht von alleine.

Deshalb, so denke ich, sind meine jetzt folgenden Ausführungen wichtig für die sich in Ihren Fraktionen anschließenden Diskussionen und selbstverständlich auch für die interessierten Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

„Stabilität“ und „Solidität“ sind positiv besetzte Begriffe. Lateinischen Ursprungs, stehen sie für Festigkeit, Bodenhaftung und Gediegenheit; ihre Verben sind „stabilisieren“ und „konsolidieren“.

Wird in der Politik von Stabilisierung und Konsolidierung gesprochen, so geht es zumeist um die Wiedererlangung dauerhafter und auf festem Fundament stehender politischer Verhältnisse.

Kein Wunder also, wenn in unseren Zeiten mit Blick auf die EU und die Rettungsbemühungen der Eurozone diese Begriffe Hochkonjunktur haben. Nach Jahren unsolider Praktiken wollen und sollen alle wieder solide werden, und das in einem stabilen Umfeld.

Natürlich gilt das auch für uns, für Bund, Länder und Kommunen; also im Grunde nichts umwerfend Neues. Nur liegt der Unterschied häufig in der konkreten Vorgehensweise, um Stabilität und Solidität wieder zu erreichen.

In den vergangenen guten Zeiten konnte man sich vielerorts noch „durchwurschteln“; in den schwierigen Zeiten wie den jetzigen treten die Grenzen jedoch offen zutage. Nichts zu tun, kann sich niemand mehr leisten!

Meine Damen und Herren, dabei geht es nicht darum, mit dem Finger auf die eine oder andere Kommune zu zeigen. Nur wer genau hinschaut, wird bestätigen müssen, dass wir in Bergkamen den Weg des „Durchwurschtelns“ so nicht gegangen sind, sondern einerseits der Nerv und die Beharrlichkeit von Politik und Verwaltung sowie andererseits das Verständnis in der Bevölkerung dazu führt, finanziell relativ tragfähigen Boden unter den Füßen zu haben. Mit anderen Worten: Wir haben noch nicht die „Sparkeule“ herausholen müssen, wie sie in Städten und Gemeinden benutzt werden muss, die überschuldet sind, d. h. kein Eigenkapital mehr haben. Hier tritt ein unbarmherziger Mechanismus in Kraft,

der mindestens ein Jahrzehnt lang sowohl die Ertrags- als auch die Aufwandsseite quer durch alle Budgets betrifft und jede noch so winzige Entscheidung der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt werden muss und evtl. abgelehnt wird.

Infolge von im Wesentlichen zwei Faktoren glaube ich sagen zu können, dass aus heutiger Sicht wieder ein kleines Licht am Ende des Tunnels auf dem Weg der Konsolidierung unseres städtischen Haushaltes zu sehen ist:

1. In Ergänzung früherer und nicht immer einfacher Entscheidungen, wie das Schließen von Einrichtungen, den Verkauf von Liegenschaften, Personalabbau in großem Umfang, haben wir 2010/2011 **alle** vom Rat für die Finanzplanungsperiode 2010 bis 2014 beschlossenen und von der Kommunalaufsicht genehmigten Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes umgesetzt, und ich unterstelle, dass das auch für die ab 2012 vorgesehenen Maßnahmen der Fall sein wird.
2. Und was ich mir bei aller Zuversicht nicht vorstellen konnte, ist die Tatsache, dass die Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 endlich die überzeugende kommunalfreundliche Entscheidung getroffen hat, um den Kommunen in unserem Land auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung nachhaltig zu helfen.

Bereits vor 10 Jahren, meine Damen und Herren, hat der Verfassungsgerichtshof NRW die Landesregierung auf eine Klage der Kommunen hin aufgefordert, Änderungen an den bis dahin gelten-

den Verteilungsmechanismen vorzunehmen.

10 Jahre wurde absolut nichts getan; jetzt hat das Land NRW, beginnend mit dem Jahr 2012, die Schlüsselzuweisungen als die wichtigste uns vom Land erreichende Transferleistung neu strukturiert und auf die konkreten unterschiedlichen Bedarfe (Stichwort „Soziallastenansatz“ oder „Schüleransatz für den Ganztagsunterricht“), wie es der Verfassungsgerichtshof gefordert hat, Rücksicht genommen. Und nicht nur das: Für die Kreise, Städte und Gemeinden ist eine in der Geschichte unseres Landes nie dagewesene Höhe an Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2012 bereitgestellt worden. Die Wirkungen sowohl für den Kreis Unna, für die Städte und Gemeinden und für unsere Stadt zu allererst werde ich Ihnen im Weiteren darstellen.

3. Ich hätte mir gewünscht, dass auch der Kreis Unna, der an diesen Mehreinnahmen in erheblichem Umfang partizipiert, seine Kreisumlage hätte so weit senken können, dass es nicht wie jetzt zu einer erhöhten Zahllast gegenüber 2011 durch die Städte und Gemeinden trotz Absenkung der Umlage kommt. Der weitere Anstieg der Soziallasten, insbesondere der Landschaftsverbandsumlage, scheint dies wohl gegenwärtig noch nicht möglich zu machen. Aber wir werden sehen, vielleicht ändert sich ja noch etwas.

Nun zu den konkreten Zahlen: